

Pressespiegel-Zusammenstellung durch Femern A/S

FBFL DIALOGUE FORUM

13.09.2016, RTL Nord, Fünfjähriges Jubiläum [TV 3:01]

Der Bau des Fehmarnbelttunnels ist seit Jahren eine wahre Hängepartie. Immer wieder wird diskutiert, geplant, protestiert und wieder umgeplant. Für den besseren Austausch zwischen den Befürwortern und Gegnern wurde deshalb ein Dialogforum eingerichtet.

Dieses feierte jetzt fünfjähriges Jubiläum und unsere Reporterin Antonia Giese zeigt, ob es in dem Streit um den Tunnel helfen konnte.

14.09.2016, Lübecker Nachrichten [OH-Nord, OH-Süd], Albig: „Es geht nicht allein um Ostholstein“ [p. 1]

Erboste Zwischenrufe und verständnisloses Kopfschütteln bei der Jubiläums-Sitzung zum fünfjährigen Bestehen des Dialogforums in Oldenburg. Der SPD-Landesvater begegnete der Kritik der Beltgegner mit einer Einladung nach Kiel zu einem Vier-Augen-Gespräch.

14.09.2016, Lübecker Nachrichten [OH-Nord], Ministerpräsident Albig: „Es geht nicht allein um Ostholstein“ [p. 12 – pdf attached] [\[online\]](#)

SPD-Landesvater begegnet der Kritik der Beltgegner - Einladung nach Kiel zu Vier-Augen-Gespräch - Emotionale Reaktionen der Bürgerinitiativen

Oldenburg. Erboste Zwischenrufe, verständnisloses Kopfschütteln, bebende Stimmen: Die Jubiläums-Sitzung zum fünfjährigen Bestehen des Dialogforums zur festen Fehmarnbeltquerung zeigte, dass die Projektgegner mit dem aktuellen politischen Kurs hochgradig unzufrieden sind. Einige sind gar mit dem Verlauf des Dialogforums nicht einverstanden, fühlen sich und ihre Befürchtungen nicht ernst genommen.

Ministerpräsident Torsten Albig (SPD), der aus Heiligenhafen stammt und Ostholsteiner Befindlichkeiten nachvollziehen kann, ging auf die Kritik ein. „Wenn es mir wie Ihnen allein um Ostholstein ginge, käme ich wahrscheinlich zum gleichen Schluss wie Sie. Aber es geht nicht allein um Ostholstein.“ Es gebe über der ostholsteinischen auch noch eine landesweite, bundesweite und europäische Sicht auf die Querung. „Wenn es Ihre Position ist, dass die Politik scheitert, weil sie nicht zu ihrem Ergebnis kommt, ja dann wird es schwierig für mich.“ Das Land Schleswig- Holstein sei für die Umsetzung des Projektes zuständig. Und als Ministerpräsident müsse Albig mehr als nur die ostholsteinische Kritik in seine Gesamtbetrachtung einfließen lassen. „Meine Aufgabe ist es nicht allein, Verständnis für die Bürger in der Region aufzubringen, sondern es ist auch an den Bürgern, sich mit meinen Standpunkten auseinanderzusetzen.“

Albig ging auch auf den Kritikpunkt des Projektgegners Bodo Gehrke zu den unterschiedlichen Verkehrsprognosen ein. „Ich habe das Gutachten meiner Experten vorliegen und Sie das ihre. Ich habe nun zwischen ihren und meinen Informationen abgewogen und komme zu einem Schluss, nämlich dass ich meinen Experten vertraue. Das ist mein Job.“ Allerdings wolle Albig Gehrke für

ein 60-Minuten- Gespräch nach Kiel einladen, unter vier Augen. „Ich möchte gern mit Ihnen intensiv darüber sprechen, nicht um Sie umzustimmen, aber mir geht es darum, dass wir die Standpunkte beider Seiten nachvollziehen können.“

Mit den Ausführungen Albig's konnte vor allem Widerständler Hendrick Kerlen von der Insel Fehmarn nichts anfangen. Er ließ mit lauten Zwischenrufen immer wieder seinem Unverständnis freien Lauf, sagte Dinge wie: „Wenn Albig diesen Kurs weiter fährt, ist das nur gut für uns. Er wird schon sehen, was er davon hat.“ Kerlen wies Albig als Redner darauf hin, dass seiner Meinung nach Landesverkehrsminister Reinhard Meyer massiven Einfluss auf das Verfahren nehme. Dies könne er sogar schriftlich belegen. „Bitte sorgen Sie dafür, dass dies aufhört.“

Albig widersprach entschieden, sagte, dass Meyer in keinster Weise außerhalb seiner Aufgaben Einfluss nehme.

Keine Zweifel gibt es daran, dass die kontroversen Standpunkte der unterschiedlichen Interessengruppen bestehen bleiben.

DREI FRAGEN AN...Hans Christian Schmidt

1. Frage: Wie bewerten Sie die Arbeit und Funktion des Dialogforums?

Schmidt: Es gewährleistet den Dialog in Deutschland. Es wird alles, was zum Projekt gehört, offen gezeigt. Es können und sollen alle Menschen an der Diskussion teilnehmen. Es wurden seit den 90er Jahren alle Berichte, Analysen und Gutachten allen Menschen zur Einsicht angeboten. Wie gut das Dialogforum arbeitet, zeigen ja auch die vielen Einwendungen, die zum Tunnelbau abgegeben wurden. Wir lassen uns davon aber nicht abschrecken.

2. Frage: Haben Sie noch Zweifel an der Realisierung des Tunnels?

Schmidt: Nein. Die Zusammenarbeit mit unseren Freunden Alexander Dobrindt auf Bundesebene und Reinhard Meyer auf Landesebene ist hervorragend. Uns wurde gesagt, dass die deutschen behördlichen Bedingungen für den Bau Ende 2017 erfüllt sein können. Wir in Dänemark sind so weit, wir haben nach wie vor eine breite politische Basis. Jeder Zweifel am Projekt sollte jetzt verstummen, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind. Wir müssen den Kritikern noch Lösungen präsentieren. Bei alledem darf die Entwicklung aber nicht stocken.

3. Frage: Es gibt bei den Kritikern immer wieder Zweifel an den Verkehrsprognosen, die ja ein Hauptargument für das Projekt liefern sollen.

Schmidt: Die Verkehrsprognosen, die uns in Gutachten vorliegen, zeigen ein realistisches Bild. Unsere Erfahrungen aus anderen Großprojekten, die bereits realisiert wurden, zeigen, dass es sogar eher mehr als weniger Verkehr geben wird.

Also printed in:

OH-Süd edition [p. 12]

14.09.2016, Lübecker Nachrichten [OH-Nord], Sechs Forderungen durch den Projektbeirat [p. 12 – pdf attached] [online]

Gremium hat Arbeit aufgenommen – Lärmschutzgutachten und Haltepunkt

Ratekau/Timmendorfer Strand

Oldenburg. Projektbeiratssprecher Thomas Keller aus Ratekau hat beim Dialogforum zur festen Fehmarnbeltquerung die ersten sechs Forderungen vorgetragen:

1. Die Inanspruchnahme und die Zerschneidung von Flächen soll minimiert werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, hierfür die finanziellen Möglichkeiten noch im Haushaltsjahr 2017 bereitzustellen.
2. Die Möglichkeiten und die Rahmenbedingungen für einen über das gesetzliche Maß hinausgehenden Lärmschutz sollen in einem Gutachten untersucht und dargestellt werden.
3. Auch im Zusammenhang mit dem Lärmschutz bittet der Projektbeirat das Bundesverkehrsministerium um Antwort zu den unterschiedlichen Prognosezahlen für die Schienentrasse.
4. Für das weitere Verfahren hält es der Projektbeirat für sinnvoll, dass es der Bahn erleichtert wird, einen vorzeitigen Grunderwerb vor dem Planfeststellungsbeschluss tätigen zu können.
5. Der Projektbeirat fordert den Bund auf, dass die vorgesehenen Mittel für einen neuen, gemeinsamen Haltepunkt Ratekau/Timmendorfer Strand zur Verfügung gestellt werden.
6. Zur Sicherstellung des Inselverkehrs sowie zur Gewährleistung von Einsatzzeiten für den Rettungsverkehr wird der Bund aufgefordert, die neue Überquerung der B 207 vorzuziehen und den Ausbau der L 209 durchzuführen.

14.09.2016, Fehmarnsches Tageblatt, Dialogforum: Projektbeirat stellt Weichen [p. 2]

Neues Gremium arbeitet Dialogforum zu

OLDENBURG – Im Rahmen des jüngsten Dialogforums hat auch der neu gegründete Projektbeirat seine Arbeit aufgenommen. Thomas Keller, Bürgermeister in Ratekau, ist Sprecher des neu ins Leben gerufenen Gremiums, das die Aufgabe verfolgt, Vorschläge und Forderungen für eine möglichst verträgliche Umsetzung der Schienen- und Straßenanbindung vorzutragen und an das Dialogforum zu geben. Dabei geht es unter anderem um den gewünschten Lärmschutz entlang der Trasse, auch Landwirte sollen entlastet werden, „der Landverbrauch soll sparsam geregelt sein“, so Keller. Dem Projektbeirat arbeiten insgesamt drei Arbeitstische zu. „Mit unserem Oldenburger Beschluss richten wir einen zusätzlichen Arbeitsstrang aus regionalen runden Tischen und einem Projektbeirat ein, der sich mit der konkreten Sacharbeit befasst, also dem „Wie“. Die Auseinandersetzung mit dem „Ob“ ist nicht beendet, sie bleibt dem Dialogforum vorbehalten. So können wir die Sorgen der Betroffenen nicht nur aufnehmen und diskutieren, sondern auch Lösungen erarbeiten“, erklärte Forumssprecher Dr. Christoph Jessen: „Herr Ministerpräsident, Herr Staatssekretär, da kommen Forderungen auf Sie zu. Eine will ich gleich nennen: In Sachen Lärmschutz sind wir auf externen Sachverstand angewiesen. Das kostet Geld. Mehr Geld als wir haben“, so Jessen. Aktuell hat das Forum ein Jahresbudget von 102500 Euro. *ra*

13.09.2016, Bettina Hagedorn MdB (SPD), 5 Jahre Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung - Bettina Hagedorn als Ehrengast dabei [\[online\]](#)

Am 12. September habe ich an der Sondersitzung des „Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung“ anlässlich seines 5-jährigen Bestehens teilgenommen. Dabei war das 22. Treffen von Gegnern und Befürwortern, Machern und Skeptikern mehr als nur eine Geburtstagsfeier – es wurde erneut inhaltlich stark diskutiert. Zum besonderen Anlass hatten sich mit Ministerpräsident Torsten Albig, dem dänischen Verkehrsminister Hans Christian Schmidt sowie dem Verkehrsstaatssekretär Enak Ferlemann hochrangige Gäste angekündigt. In ihren Reden bekräftigten die drei Ehrengäste ihre positive Haltung zur Festen Fehmarnbeltquerung, zeigten sich aber auch überrascht über die hohe Zahl der Einwendungen gegen das Projekt. 12.300 solcher Einwendungen zum Bau des Fehmarnbelttunnels sind eingegangen und werden jetzt geprüft, bevor sie in das Verfahren einfließen.

Die Teilnehmer des Dialogforums nahmen die Sitzung zum Anlass, auf die vergangenen Jahre zu schauen und zu sehen, welche Formen des Dialogs besonders gut funktioniert hatten und was für die nächsten Jahre im Miteinander noch verbessert werden kann. Viele neue Möglichkeiten haben sich vor allem im Bereich Lärmschutz durch den von mir initiierten Bundestagsbeschluss vom 28. Januar 2016 ergeben, wodurch in begründeten Ausnahmefällen an Schienengütertrassen über den gesetzlichen Rahmen hinausgegangen werden kann, wenn diese Teil der Korridore des TEN-Verkehrs-Kernetzes sind und dort Bürgerbeteiligung in Form von Dialogforen oder Projektbeiräten stattgefunden hat. Damit hat auch das Dialogforum in Ostholstein einen wesentlich durchsetzungsstärkeren Status: Es kann nun auch mit Beschlüssen, die Mehrkosten über das gesetzliche Maß zur Konsequenz haben, ohne Denkverbote Einfluss auf künftige Planfeststellungsverfahren nehmen, wenn diese Mehrkosten geeignet und erforderlich sind, um die berechtigten Anliegen der Menschen in der Region aufzugreifen.

Kritik der Beltgegner gab es an der ungleichen Verteilung der Redezeiten am Jubiläumsabend, welche den Befürwortern deutlich mehr Möglichkeiten gegeben habe. Zudem würden Bahn und Land bei den Protokollen des Forums zu oft ihr Vetorecht einlegen und so die Wogen glätten wollen. Dabei stellte Forumssprecher Dr. Christoph Jessen zu Beginn der Sitzung noch einmal klar, dass das vorrangige Ziel des Forums die Transparenz und die Auseinandersetzung mit mündigen Bürgern sei. Man sei „keine Beruhigungspille“.

Am Ende wurde der Oldenburger Beschluss unterzeichnet, der einen neuen Arbeitsstrang des Dialogforums darstellt. Hiermit will sich das Forum in die Pflicht nehmen, um sich an der Ausarbeitung für mehr Lärmschutz zu beteiligen. So sollen jetzt konkret vor Ort an regionalen runden Tischen gemeinsame Lösungen gefunden und ein Projektbeirat geschaffen werden, der sich um eine möglichst verträgliche Umsetzung der Straßen- und Schienenanbindung zwischen Puttgarden und Lübeck kümmert.

Die nächste ordentliche Sitzung des Dialogforums ist dann am 01. Dezember 2016 um 17 Uhr und wird wie alle Sitzungen live im Internet übertragen.

13.09.2016, Herbert Behrens MdB (Linke), Milliardengrab in der Ostsee

stoppen! [\[online\]](#)

Das Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung „feierte“ gestern fünfjähriges Bestehen. Am Forum beteiligen sich unter anderem Vertreter der Bahn, der Kommunen und der Handelskammern. Ergebnisoffen ist das Forum jedoch nicht. Denn ein Ausstieg aus dem Mammutprojekt ist ausgeschlossen. Hierzu erklärt Herbert Behrens, Obmann der Linksfraktion im Verkehrsausschuss des Bundestages:

„Die Feste Fehmarnbeltquerung ist weder verkehrstechnisch noch wirtschaftlich zu rechtfertigen. Die geplanten Baukosten für die Bahnstrecke zur Hinterlandanbindung sind laut Bundesrechnungshof schon vor Baubeginn von 800 Millionen auf 2,3 Milliarden Euro gestiegen. Die Gesamtkosten haben sich seit Ratifizierung des Staatsvertrags nahezu verdoppelt.“

„Leider lässt sich im Rahmen des Dialogforums die eigentlich notwendige Konsequenz, ein Ausstieg aus dem Projekt, nicht ziehen“, so Behrens weiter.

„Aber noch ist nichts in der Ostsee versenkt worden, die Ausstiegskosten sind überschaubar. Das Geld sollte für eine sinnvolle Ertüchtigung der bestehenden Verkehrsverbindung über die Jütlandroute verwendet werden.“ Auch in ökologischer Hinsicht ist das Projekt mit massiven Risiken verbunden. Zum Bau des längsten Absenktunnels der Welt müssten 19 Millionen Kubikmeter Sand und Kies umgegraben werden, was einem Großteil der Ostsee mit Sedimenten bedecken würde. Zudem würden die Güterzüge die Ruhe stören und Touristen abschrecken. „Die Fehmaraner bangen zurecht um die Natur und ihre Existenz, die zum Großteil vom Tourismus abhängt.“

FBFL PLAN APPROVAL

13.09.2016, SH Wirtschaftsministerium aktuell, Minister-Duo Meyer und Schmidt: Qualität und nicht Quantität der Beltquerungs-Einwendungen ist entscheidend [\[online\]](#)

Einen Tag nach der Jubiläums-Sitzung des seit fünf Jahren bestehenden Dialogforums zum Bau des Festen Fehmarnbeltquerung haben sich der dänische Transportminister Hans-Christian Schmidt und sein schleswig-holsteinischer Amtskollege Reinhard Meyer heute in Kiel zu einem Arbeitsgespräch getroffen.

Nach den Worten von Meyer handelte es sich dabei um eines der regelmäßigen Treffen, um Einzelheiten des weiteren Planungsprozesses zu besprechen. Beide seien sich einig darin, dass auch die hohe Zahl von absehbar weit über 10.000 Einwendungen gegen das Tunnelprojekt nichts an den vereinbarten zeitlichen Zielvorgaben ändere. „Entscheidend für den weiteren Verlauf wird nicht die Quantität, sondern die Qualität der Einwendungen sein“, so beide Minister. Die dänische Planungsgesellschaft Femern A/S werde sich ebenso zügig wie gründlich mit den Einwendungen zur überarbeiteten Fassung der Tunnelpläne auseinandersetzen. Die Einwendungen konnten bis vor wenigen Tagen an insgesamt 13 Stellen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern adressiert werden und laufen nun nach und nach beider zuständigen Planfeststellungsbehörde, dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH) in Kiel

ein.

Ministerpräsident Torsten Albig hatte das Dialogforum Feste Fehmarnbelt am Abend zuvor in Oldenburg als gelungenes Instrument der Bürgerbeteiligung gewürdigt. Dessen Arbeit habe bislang für größtmögliche Transparenz im laufenden Verfahren gesorgt, sagte Albig am Montag bei einer Sondersitzung zum fünfjährigen Bestehen des Forums. In dem unabhängigen Gremium sind Gegner und Befürworter des Projekts vertreten.

In der Sitzung unterzeichneten Vertreter von Land, Kreis, Gemeinden und Deutscher Bahn einen «Oldenburger Beschluss». Danach sollen künftig regionale runde Tische und ein Projektbeirat konkrete Lösungsvorschläge für Probleme im Zusammenhang mit der Bahnanbindung des Tunnels erarbeiten.

14.09.2016, Fehmarnsches Tageblatt, 14000 Einwendungen gegen den Tunnel [p. 1 – pdf attached]

Karin Neumann: „Land und Femern A/S müssen jetzt immensen Widerstand gegen die Beltquerung erkennen“

FEHMARN – Die Zahl der Widersprüche gegen das Bauprojekt Belttunnel, die bei der Landesregierung in Kiel eingegangen sind, scheint die allgemeinen Erwartungen weit zu übertreffen.

Nach Schätzung der „Beltretter“ sollen es etwa 14000 sogenannte Einwendungen gegen die Feste Fehmarnbeltquerung sein, wie die „Beltretter“ in aktueller Pressemitteilung schreiben. Hinzu kommen die jetzt mehr als 86000 Unterzeichner einer aktuell laufenden Online-Petition gegen das Mammut-Projekt.

Karin Neumann, Sprecherin der „Beltretter“: „Das ist ein unfassbar starkes Ergebnis und Signal. Wir vermuten aber, dass die Landesregierung versuchen wird, diese Zahl kleinzureden, und dabei auf die vielen vorformulierten Muster-Einwendungen verweisen wird. Das würde erneut belegen, wie wenig ernst die Landesregierung die Wähler nimmt. Kaum jemand hätte in der kurzen Frist 26 Aktenordner durcharbeiten und dann selbst eine dezidierte Einwendung aufsetzen können. Es ist nur legitim, dass besorgte Bürger dann auf angebotene Hilfe zurückgreifen, um ihre Sorgen, ihre Ängste und ihren Widerstand

Die „Beltretter“ und andere Kritiker wie der NABU hatten zuvor gemutmaßt, der Kieler Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) habe die Einwendungsfrist absichtlich in die Ferien- und Sommerzeit gelegt, um die Zahl der Einwendungen so gering wie möglich zu halten. Gleichzeitig ermutigen die „Beltretter“ die Mitarbeiter beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV), ihre Aufgabe und Verantwortung weiter ernst zu nehmen und sich nicht unter politischen Druck setzen zu lassen.

Der LBV als Prüfbehörde habe eine hohe Verantwortung gegenüber den Schleswig-Holsteinern und dürfe sich nicht als Werkzeug der dänischen Tunnelplaner missbrauchen lassen, so die „Beltretter“.

Die dänische Planungsgesellschaft Femern A/S sowie die schleswig-holsteinische Landesregierung sollten jetzt anerkennen, dass der Widerstand gegen das „unsinnige, unwirtschaftliche und der Region sowie der Umwelt schweren Schaden zufügende Megaprojekt“ immens ist. Es gehöre infrage

gestellt und neu überdacht. Karin Neumann: „Die Landesregierung sollte erkennen, dass die Belttunnel-Frage jetzt wahlkritisch wird.“ Am 7. Mai 2017 sind Landtagswahlen. *loj*

Original press release:

13.09.2016, Beltretter, Belttunnel: Sensationelle 14.000 Widersprüche erwartet [\[online\]](#)

FEHMARN BELT DAYS 2016

14.09.2016, Hamburger Abendblatt, Meldungen [p. 13]

Altstadt - Eine Fotoausstellung mit überraschenden Perspektiven aus Hamburg und Kopenhagen ist am Dienstag in der Diele des Rathauses eröffnet worden. Die Stadtansichten werden bis zum 25. September gezeigt, der Eintritt ist frei, wie die Senatskanzlei mitteilte. Realisiert wurde die Ausstellung anlässlich der „Fehmarnbelt Days 2016“ vom 20. bis 22. September 2016 in Hamburg. Nach der Schau in der Hansestadt geht die Ausstellung nach Kopenhagen. Themen der Bilder sind Architektur, Design, Infrastruktur und Kultur. *Epd*

Also printed in:

Bergedorfer Zeitung [p. 4]

FBFL RAILWAY LINK

14.09.2016, der reporter [Timmendorfer Strand], Sitzungen und Ausschüsse [p. 2]

Tdf. Strand. Am Donnerstag, dem 15. September, findet um 18 Uhr die 32. Sitzung des Hauptausschusses der 18. gewählten Gemeindevertretung der Gemeinde Timmendorfer Strand im Sitzungszimmer des Rathauses, Strandallee 42, Timmendorfer Strand, statt. Es ist damit zu rechnen, dass aus Zeitgründen nicht alle Tagesordnungspunkte behandelt werden können. Die Sitzung wird aus diesem Grunde am Montag, dem 19. September, um 18 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses fortgesetzt. Die Sitzung ist öffentlich. Auf der Tagesordnung stehen im öffentlichen Teil [...] **Haltepunkt der Schienenanbindung der Fehmarnbeltquerung: Arbeitsauftrag für den Arbeitskreis Bahnanbindung [...].**

FEHMARNSUND BRIDGE

14.09.2016, Fehmarnsches Tageblatt, Mit der Drohne über die Brücke [p. 1 – pdf attached]

Seit gestern ist eine Einheit der DB Sicherheit der Deutschen Bahn auf Fehmarn im Einsatz. Die Mitarbeiter Mario Finkbeiner und Sven-Oliver Schnorr sind extra aus Frankfurt/Main angereist, um für die Deutsche Bahn die Fehmarnsundbrücke mit Multicoptern (Drohnen) zu erfassen. Aus diesen Aufnahmen wird ein hochgenaues 3-D-Modell der Brücke erstellt.

Dieses Modell dient anschließend Bau- und Erhaltungsplanungen. Im Rahmen des Programmes Bahn 4.0 digitalisiert die DB AG zunehmend ihre Bauwerke und Brücken und bedient sich dabei dieser Technik.

Die Arbeiten zur fotografischen Erfassung der Brücke dauern noch bis morgen an.

GERMAN-DANISH COOPERATION

13.09.2016, Hansestadt Lübeck, Begegnungen. Deutsche und dänische Malerei 1860 – 1960 [online]

Eröffnung mit Ministerin Anke Spoorendonk und Botschafter Friis Arne Petersen

Deutschland trifft Dänemark: Am Freitag, 23. September, wird im Museum Behnhaus Drägerhaus in Lübeck die Ausstellung Begegnungen. Deutsche und dänische Malerei eröffnet. Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein, wird an der Eröffnung teilnehmen und ein Grußwort sprechen.

Die Schau entstand in enger Zusammenarbeit mit dem Fuglsang Kunstmuseum in Toreby / Dänemark. In Gegenüberstellungen werden 68 Bilder präsentiert. Der Dialog zwischen den Werken eröffnet dem Publikum die Möglichkeit, in den klassischen Motivkreisen wie Landschaft, Porträt und Stilleben auf Entdeckungsreise zu gehen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen deutscher und dänischer Malerei herauszufinden. Die Ausstellung wird vom Interregprogramm Deutschland Danmark der EU unterstützt und ist Teil des neugegründeten Museumsnetzwerks NORDMUS, das die deutsch-dänische Zusammenarbeit von Museen und Wissenschaft fördern will.

Der dänische Botschafter in Deutschland, Friis Arne Petersen erklärt: „Wir freuen uns sehr über diese deutsch-dänische Kooperation auf künstlerischem Gebiet. Zwischen unseren Ländern gibt es eine lange und intensive Tradition der Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen – von Kultur über Handel bis zur Politik. **Dieses enge Verhältnis wird in Zukunft beispielsweise durch den Bau der festen Fehmarnbelt-Querung noch gestärkt werden, da durch diese Infrastrukturprojekt eine bessere Anbindung unserer Länder gewährleistet wird und sowohl Kultur als auch Handel sowie Politik eine Belebung erfahren werden.**“ [...]

DANISH POLITICS

13.09.2016, FAZ, Im Gespräch: Kristian Jensen, Außenminister Dänemarks, über die Flüchtlingspolitik, die Zukunft der EU und die Kontrollen an der Grenze zu Deutschland [p. 2 – pdf attached]

FAZ: Herr Minister, vor einem Jahr hat die Flüchtlingskrise in Europa ihren Höhepunkt erlebt, als Bundeskanzlerin Merkel entschieden hat, die **Jensen:** Grenze für Flüchtlinge zu öffnen. Wie haben Sie von dieser Entscheidung erfahren? Wir haben von dieser Entscheidung aus den Medien erfahren. Wir waren ein wenig überrascht, weil die Entscheidung auch das Potential hatte,

ein Signal zu senden an Flüchtlinge und Migranten auf der Welt, dass Deutschland nun ein offenes Land ist für jeden, der kommen will. Es war ein starkes Signal, ein humanitäres. Aber auch ein Signal, das bei manchen Flüchtlingen missverstanden wurde als Aufforderung, nach Deutschland zu kommen. Es ist deshalb interessant zu sehen, wie sich die Diskussion über Flüchtlinge seitdem in Deutschland verändert hat. **FAZ:** Es klingt, als seien Sie nicht sonderlich angetan gewesen von der Entscheidung? **Jensen:** Dänemark liegt zwischen Deutschland und Schweden, zwei Ländern also, die ihre Bereitschaft, viele Flüchtlinge aufzunehmen, deutlich gemacht hatten. Manche Flüchtlinge sind dann aber auch nach Dänemark gekommen. Das war ein Nebeneffekt dieser Entscheidung. Im vergangenen Jahr haben etwa 21 000 Menschen Asyl in Dänemark beantragt. Ich glaube nicht, dass die Zahl der Flüchtlinge wirklich das Problem war. Das Problem war das Gefühl, dass wir als Politiker die Kontrolle verloren haben. Und ich wurde stets gefragt: Wann und wie endet das? Wir helfen seit langem vielen Flüchtlingen. Aber die Menge und die fehlende Kontrolle haben den Blick auf diese Krise verändert. **FAZ:** Ihr Land war vor allem Transitland, viele Flüchtlinge wollten weiter nach Schweden, das eine großzügigere Asylpolitik verfolgte als Dänemark. Das hatte jahrelang zu Verstimmungen zwischen Kopenhagen und Stockholm geführt – wie haben Sie die Entscheidung Schwedens zur Kehrtwende in der Asylpolitik aufgenommen? **Jensen:** Schweden ist zu der Schlussfolgerung gekommen, dass selbst wenn langfristig viele Flüchtlinge die schwedische Gesellschaft bereichern, es kurzfristig doch einfach zu viel wurde. Es war ihnen nicht mehr möglich, die Flüchtlinge zu integrieren. Sie mussten reagieren. Es war ein klares Signal, dass selbst ein so flüchtlingsfreundliches Land überfordert ist. **FAZ:** Die Schweden werfen den Dänen seit Jahren vor, zu hart über Einwanderung zu diskutieren, und Dänen werfen den Schweden das Gegenteil vor. Sie selbst haben einmal mit Blick auf die politische Korrektheit ihrer Nachbarn gesagt, Sie seien froh, nicht in Schweden zu leben. Sehen Sie das noch immer so? **Jensen:** Es ist natürlich besser, miteinander zu reden als übereinander. Was ich in den letzten Monaten erfahren habe, ist, dass Dänemark und Schweden einen Weg gefunden haben, zusammenzuarbeiten bei diesem Thema. Auch in dem gemeinsamen Versuch, den Menschen dort zu helfen, wo sie sind und bevor sie sich auf den Weg machen. Wir machen das gemeinschaftlicher als noch vor einem Jahr. **FAZ:** Seit Anfang des Jahres kontrolliert Schweden die Grenze am Öresund – Sie zogen mit Kontrollen an der Grenze zu Deutschland nach. Wie sehr hat die Flüchtlingskrise die Beziehung zu ihren Nachbarn belastet? **Jensen:** Um ein dänisches Sprichwort zu bemühen: Es ist ein Stein im Schuh, dass diese Flüchtlingskrise zu Grenzkontrollen geführt hat, wie wir es uns vorher nicht vorstellen konnten. Kopenhagen und Malmö in Südschweden waren eng miteinander verbunden, Menschen pendelten täglich hin und her. Nun ist das schon schwieriger. An der Grenze zu Deutschland ist das nicht ganz so kompliziert. Aber ich glaube, da gibt es doch einen mentalen Wandel, seit wir die Kontrollen eingeführt haben. Ich selbst war 2003 an der Grenze zu Deutschland, als wir sie damals aufgehoben haben. In meiner Rede sagte ich: Es wird weiter Unterschiede zwischen uns geben, aber wir

heben die Kontrollen auf, weil wir uns gegenseitig nicht mehr misstrauen. Leider mussten wir nun einen kleinen Schritt zurück machen. **FAZ:** Wie lange werden Sie die Grenze zu Deutschland noch kontrollieren? **Jensen:** So lange, wie Schweden die Grenze zu Dänemark kontrolliert. Sonst würden Flüchtlinge, die nicht nach Schweden kommen, bei uns bleiben. **FAZ:** Auch Sie reagierten auf die Lage mit weiteren Verschärfungen des Asylrechts – und wurden international kritisiert. Sie selbst mussten ihren Partnern in der EU und bei den UN erklären, was los ist in Dänemark. Gerade erst hat Ihre Regierung nun den Plan 2025 vorgestellt, der weitere Verschärfungen des Asylrechts vorsieht. Was ist da los? **Jensen:** Wir haben in diesem Sommer zum Beispiel auch eine Übereinkunft mit der Wirtschaft getroffen, um mehr Flüchtlinge besser in die Arbeitswelt zu integrieren. Wir verschärfen also nicht nur unsere Asylpolitik, wir geben uns auch viel Mühe zu helfen. Aber es ist wahr, dass wir uns die Regeln für die Migration genau anschauen. Wir möchten lieber unser Geld dafür ausgeben, den Menschen in den Lagern nahe Syrien, im Libanon, in der Türkei zu helfen. Wir müssen wie jedes Land herausfinden, wie wir die große Zahl an Flüchtlingen integrieren und zugleich unsere Hilfe anpassen, damit sie mehr Menschen in den Lagern nahe ihrer Heimat erreicht, damit sie sich gar nicht erst auf den Weg machen. **FAZ:** Es scheint, dass Sie so unattraktiv wie möglich sein wollen für Asylbewerber? **Jensen:** Ich habe viele Länder in Europa gehört, die so etwas stolz für sich reklamiert haben. Ich lasse mich auf so einen Wettbewerb nicht ein. **FAZ:** In der Woche, bevor der 2025-Plan vorgestellt wurde, haben 36 Menschen Asyl in Dänemark beantragt. In diesem Jahr erwarten sie 10 000 Asylbewerber insgesamt. Das sind zu viele? **Jensen:** Wir haben viele Jahre lang etwa 4500 Flüchtlinge im Jahr aufgenommen, das war kein Problem. Aber mit so hohen Zahlen und mit Blick auf die Familienzusammenführung ist das eine große Herausforderung. Aber ich verspreche: Wir werden weiter viele Flüchtlinge aufnehmen. Außerdem gehören wir zu den wenigen Ländern, die 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe ausgeben – viel geht davon in Flüchtlingslager überall in der Welt. **FAZ:** Was haben Sie nach einem Jahr Flüchtlingskrise über die Solidarität in Europa gelernt? **Jensen:** Dass wir die gemeinsame Kontrolle der Außengrenze stärken müssen. Und: Wenn die Politik nicht reagiert, werden die Wähler reagieren. Manche wählen dann extrem, ob links oder rechts. Über die Landtagswahlen in Deutschland will ich gar nicht reden. Wir müssen also reagieren, weise und unseren Werten folgend. In Dänemark glauben wir: Wenn wir die Zahlen senken, können wir die Hilfe in den Ursprungsländern verbessern. **FAZ:** Kanzlerin Merkel hat ein Abkommen mit der Türkei als wichtigen Bestandteil zur Lösung der Flüchtlingskrise präsentiert. Wie bewerten Sie dieses? **Jensen:** Das Abkommen ist sehr wichtig. Die Türken helfen uns, die Grenzen zu schützen, und wir helfen den Türken, die Last von mehr als 2,5 Millionen Flüchtlingen im Land zu tragen. **FAZ:** Ist die Türkei nach dem Putschversuch ein verlässlicher Partner? **Jensen:** Wir Dänen haben viele Fragen an die türkische Regierung mit Blick auf die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, den Umgang mit den Kurden. Aber die Türkei ist ein strategischer Partner. Es ist wichtig, dass Ankara uns zugewendet bleibt – und sich nicht etwa Putin oder anderen

Diktatoren in der Welt zuwendet. **FAZ:** Nicht nur die Flüchtlingskrise hat Europa erschüttert, auch der „Brexit“. Sie sind einst mit Großbritannien in die Europäische Gemeinschaft gekommen – hat die Entscheidung Konsequenzen für Sie? **Jensen:** Die größte Herausforderung in der Außenpolitik ist für uns gerade tatsächlich der „Brexit“. Es ist ein Signal. Auch in Dänemark gab es vor kurzem ein Referendum mit Blick auf eine engere Kooperation mit Europa, die Dänen haben nein gesagt. Dafür gibt es viele Gründe, ein wichtiger ist aber: Die Menschen haben das Gefühl, dass Europa ihnen nicht bietet, was sie erwarten. Die EU sollte Arbeit und Wachstum ermöglichen, Sicherheit und Kontrolle des Flüchtlingsstroms. Das leistet Europa gerade nicht. Wir müssen also darüber reden, wie wir die EU verändern können, um den Erwartungen unserer Bürger zu entsprechen. Das ist die wichtigste Frage. Die zweitwichtigste ist, wie wir eine gute Scheidung hinbekommen mit einem Land, das für uns ein wichtiger Verbündeter war. **FAZ:** Ist die Antwort mehr Integration in der EU oder weniger? **Jensen:** Die Antwort ist, dass die EU voranschreiten sollte bei ihren Kernaufgaben. Ich glaube nicht, dass eine europäische Armee eine gute Idee ist, genauso wenig wie eine stärkere soziale Union – das wäre sogar die völlig falsche Antwort. Ich bin ein Anhänger der Bewegungsfreiheit in Europa, aber nicht von der Freiheit, Ansprüche zu stellen. **FAZ:** Seit dem „Brexit“ präsentieren sich Frankreichs Präsident Hollande, Italiens Premierminister Renzi und Merkel als neues Führungstrio in Europa. Kann das gutgehen? **Jensen:** Ohne Führung geht es nicht, und ich bin dankbar, dass Kanzlerin Merkel diese übernommen hat. Ich bin zuversichtlich, dass sie eine Lösung finden wird, die Rücksicht nimmt auf die Unterschiede in Europa. Denn wenn auch die kleinen Länder mitgenommen werden, kann etwas Gutes daraus werden. Wenn aber nur die Agenda der großen Länder verfolgt wird, werden wir ein noch weiter geteiltes Europa erleben. Aber als wir die Dänen gefragt haben, ob sie den britischen Weg gehen wollen, haben nur wenige zugestimmt. Die meisten wollen in der EU bleiben. Aber in der EU von heute, nicht in einer superintegrierten EU.